

# Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.  
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Februar/März 2015

65. Jahrgang, Nr. 748/749

## Glückwünsche an neuen Stellvertreter

*Rainer Wagner sendet Grüße an das jüngst gewählte Mitglied des Bundesvorstandes*

🔔 Lieber Kamerad Buchwald, wenn ich auch zurzeit in der Schweiz zur Kur bin, habe ich doch gelegentlich die Möglichkeit, ins Internet zu kommen. Um bestimmten Holzköpfen keine Munition zu liefern habe ich Kamerad Nemetz gebeten, mich nicht vor der Veröffentlichung des Protokolls über den Wahlausgang zu informieren.



len, aber nichts weiter als Querulanten sind.

Umso dankbarer bin ich, dass du diese Bürde, dieses Amt auf dich nimmst.

Ich gehe von einer guten Zusammenarbeit aus und wünsche dir viel Kraft, Durchhaltevermögen und Gottes Segen im persönlichen Leben und für deinen Dienst an den Kameradinnen und Kameraden, sowie unserer ganzen Gesellschaft.

*Mit freundlichem Gruß aus Davos*

*Rainer Wagner*

*VOS-Bundesvorsitzender*

*(Foto: Rainer Buchwald, © AR)*

## Wichtiger Hinweis

Bei mehreren Kameradinnen und Kameraden wurde die letzte Fg-Ausgabe (746/7) nicht ausgeliefert. Der Vorstand bemüht sich um Aufklärung. Da seitens der Bundesgeschäftsstelle nicht überprüft werden kann, bei wem im Einzelnen keine Fg eingetroffen ist, bitten wir die Betroffenen um Rückmeldung. Mehreren Abonnenten konnte kurzfristig eine pdf-Ausgabe per eMail zugesandt werden. Da jedoch nicht alle VOS-Mitglieder über einen Internet-Anschluss verfügen, ist die Bundesgeschäftsstelle auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Derzeit wird versucht, einen Überblick über den eingetretenen Schaden herzustellen und daran gearbeitet, eine Wiederholung des Mangels auszuschließen. *BGS*

Die offizielle Information habe ich jetzt über die Website der VOS bekommen.

Deshalb möchte ich dir zur Wahl recht herzlich gratulieren. Du hast ein Ehrenamt, aber du weißt ja selbst, dass dieses Amt oft wenig Ehre mit sich bringt. Im Gegenteil. Du wirst angefeindet und unsere Ehre wird oft in den Schmutz gezogen. Dies sowohl von alten Betonköpfen der SED wie von Holzköpfen, die sich als Opfer aufspie-

## Beschlossen, abgehakt, aber immer noch keine Überweisung da!

🔔🔔🔔 *Die Erhöhung der Opferrente hat bisher nur auf dem Papier stattgefunden*

Wer im März die Kontoauszüge eingesehen hat, durfte feststellen, dass die Erhöhung der Besonderen Zuwendung von 250 auf 300 Euro noch nicht in die Tat umgesetzt worden ist. Das hat die Empfangsberechtigten beunruhigt. Die Frage ist bei vielen aufgetaucht: Ist das Gesetz doch nicht beschlossen oder sind die Verwaltungswege zu lang?

Mittlerweile beträgt der Rückstand drei Monatsraten, das sind 150 Euro. Für Groß- und Mittelverdiener ist das kein nennenswerter Betrag. Für Rentner und SED-Opfer jedoch schon. Manch einer hatte den Betrag eingeplant, und sei es um sich einen Ausflug oder eine Einladung ins Restaurant zu leisten.

Nebenbei gesagt, wir erinnern uns eines Falles, der sich 2007 nach dem Beschluss des Gesetzes zur Opferrente in Sachsen-Anhalt ereignete. Einem Kameraden wurde die Zuwendung zwar gewährt, aber wegen der verzögerten Umsetzung des Gesetzes hat er sie nicht sofort erhalten. Dann starb er unverhofft, doch die Hinterbliebenen erhielten die Nachzahlung nicht. Begründung: Er lebt ja nicht mehr.

Wir hoffen, dass sich ein solch peinlicher und unfassbarer Vorfall nicht wieder ereignet. Wir hoffen nun auf den April, dann steht Ostern vor Tür und die Nachzahlung täte uns gewiss gut ... *B. Thonn*

Etwa drei Wochen nach Auslieferung der letzten Fg stellte sich heraus, dass die Zeitung nicht bei allen Kameradinnen und Kameraden angekommen ist. Der Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich hat daraufhin bei der zuständigen Firma nachgefragt und um Aufklärung gebeten, und diese hat die Frage an die Post, die als Vertriebsunternehmen mit der Zustellung der Zeitung beauftragt ist, um Auskunft ersucht. Die Antwort hat (mich persönlich) nicht überrascht. Sie lautet, die Post habe die Sendungen ordnungsgemäß zugestellt.

Nun ist es formal gesehen gar nicht die Aufgabe der VOS, den vorliegenden Fall aufzuklären. Wir bezahlen unsere Gebühren, und dafür erwarten wir, dass die entsprechende Leistung erbracht wird. Demnach ist die Zustellfirma für den Ausfall zuständig. Sie ist auch diejenige, die das Verschwinden der Zeitungen rechtlich zu verfolgen und gegebenenfalls Schadensersatzforderungen zu stellen hat. (Wir als Auftraggeber stellen unsere Forderungen dann an diese Firma). Dabei dürfte es in diesem Fall einfach sein, der Post AG die Nichterfüllung der Leistung nachzuweisen, denn aufgrund der Vielzahl der Nichtzustellungen lässt sich der Fehler nicht mit dem sonst üblichen und bereits kundgetanen Abstreiten erledigen. (Ich selbst erlebe es immer wieder, dass Sendungen gar nicht, verspätet oder falsch zugestellt werden. Suchanträge und Beschwerden bei der Post enden dann immer mit formalen Bescheiden: es wurde kein Verstoß festgestellt).

Mittlerweile haben sich etliche VOS-Mitglieder (teils heftig und mit großer Enttäuschung) über das Ausbleiben der Freiheitsglocke beschwert. Dies zeigt, dass die Zeitung im Leben der Kameradinnen und Kameraden eine große Rolle spielt und sie irgendwie schwer entbehrlich ist. Natürlich, das ist ein gutes Zeichen und motiviert mich bei der Suche nach Themen und auch bei der Wahrung der Verbindlichkeit gegenüber den Leserinnen und Lesern, was mir äußerst wichtig ist.

Aber es erfüllt mich insofern mit Sorge, so dass ich mich frage, ob

Ausfälle dieser Art nicht im Einzelnen schon viel häufiger vorgekommen sind und die Geschäftsstelle das nicht erfuhr. Da wir viele ältere Kameradinnen und Kameraden haben, fürchte ich oft, dass diese dann resignieren und am Ende den Grund in einer inzwischen ja mehrfach im Raum stehenden Auflösung des Verbandes sehen könnten.

---

## Auf ein Wort des Redakteurs

---

Ich möchte daher diejenigen bitten, die in der Nähe von älteren VOS-Mitgliedern wohnen, zu diesen Kontakt aufzunehmen und sich nach dem Erhalt der Zeitung zu erkundigen. Allerdings kann ich auch den Vorstand nicht von der Pflicht entlasten, die ordnungsgemäße Zustellung abzusichern. Wir haben im Laufe von Jahrzehnten gründlich *experimentiert*, bis wir die preiswerteste Druckerei und den günstigsten Zustellungstarif gefunden haben. Dies kann nun nicht zulasten der Vollständigkeit der Auslieferung gehen.

Wir alle sind uns auch im Klaren, dass die Freiheitsglocke das Medium ist, das uns verbindet und das für und mit uns spricht. Auch unter den erschwerten Bedingungen, die im vorigen Jahr eingetreten sind, war es uns allen ein Anliegen, die Zeitung so lange wie möglich zu erhalten. Da wir dieses Ziel nach längerem Disput, mit Einsparmaßnahmen und durch diverse, teils sehr großzügige Spenden erreicht haben, wäre es geradezu eine Farce, wenn wir nun am Dienstleistungssektor scheitern und uns ausgerechnet ein Großkonzern namens Post AG zur Strecke bringt.

Im Zuge einer schnellen Hilfe hat nun Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich allen Abonnenten, die über Email-Anschluss verfügen, die letzte Fg online zugesandt. Das hat den (kleinen) Vorteil, dass man sich Beiträge, die einem besonders zusagen, ausdrucken oder an Freunde weitermailen kann.

Es dürfte übrigens kein Geheimnis sein, dass in der Geschäftsstelle mehrfach erwogen wurde, die Zeitung ohnehin auch als online-Ausgabe anzubieten, um Druck-

kosten zu sparen. Die Variante wurde jedoch verworfen. Wer die Zeitung abonniert, der soll diese nachher auch in den Händen halten dürfen. So praktizieren wir das nun seit 749 Ausgaben, und so soll es bleiben.

Damit wäre ich bei einem Punkt, der mich nun wieder direkt angeht (mit dem Vertrieb und der Auslieferung der Fg habe ich als Redakteur nichts weiter zu tun, als dass ich die fertige, formatierte und geschriebene Ausgabe rechtzeitig vorlege). Im April wird die 750. Freiheitsglocke erscheinen. Es ist ein Jubiläum, das in dieser Kontinuität und auch in der Erwartung von Leserinnen und Lesern wenige Zeitschriften erlebt haben und erleben. Leider können wir uns als VOS keine Prachtausgabe leisten, was ich nicht tragisch finde, denn uns allen kommt es vornehmlich auf den Inhalt und das Weiterbestehen an. Natürlich werde ich versuchen, einige statistische Werte herauszufinden und wenn möglich einige Erinnerungen präsentieren. Vorrang hat jedoch die jeweils aktuelle Thematik, und die kann uns immer mal schnell einholen.

Viel lieber gebe ich übrigens (jetzt schon) die Mitteilung aus unserer Bundesgeschäftsstelle weiter, dass sich die finanzielle Lage der VOS stabilisiert hat. Egal dass wir weiterhin einige Kosten mit uns herumschleppen, ist doch durch einige merkliche Kürzungen bei den Ausgaben hinreichend Stabilität eingetreten. Leider hat das zuständige Gericht unseren Antrag auf Überprüfung der Rechtslage, von dessen Anerkennung wir uns eine spürbare Minderung der Tilgungspflicht erhoffen, immer noch in der Schublade zu liegen.

Abschließend möchte ich unserem Kameraden Rainer Buchwald zur Wahl für den Geschäftsführenden Bundesvorstand beglückwünschen und ihm danken, dass er kurzfristig und mit Überzeugung als „Aufrücker“ die keineswegs einfache Aufgabe der Vorstandsarbeit (als Bundesschatzmeister) auf sich genommen hat. Seine Tatkraft wird den Verband ganz gewiss weiter stärken.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

## In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

### *Titelseite*

#### **Opferrente: Ist die Erhöhung ein Phantom**

Noch immer keine Aufstockung auf 300 Euro

#### **Rainer Buchwald – ein neues Gesicht**

Glückwunschschriften an den Schatzmeister

### **Redaktionsthema:**

#### **Die nächsten Probleme für die VOS**

Schlampige Zustellung der Zeitung 2

#### **Die Abstände sind mir zu groß**

Die Wartezeit von zwei Monaten auf die nächste Fg ist manchem zu lang 4

#### **Kostenerhöhung allein reicht nicht**

Aus- und Rückblick vor der 750. Ausgabe 4

#### **Der Unrechtsstaat**

Ein gedanklicher Brand-Merk-Satz 4

#### **Er war ein Stück VOS, und er war Vorbild, Freund und Kamerad**

Eine Woche vor seinem 95. Geburtstag verstarb Günther Heinz Lorenz. Zwei Nachrufe 5

#### **Mit Kalaschnikow und politischer Haft alles für das Recht des Staates**

Die Diskussion über die Schrecken und das Unrecht des Staates DDR lullt die Öffentlichkeit zunehmend ein 6 – 7

#### **Was sind Gesetze wert, wenn man sie einfach abschaffen kann?**

Die Unentwegten kämpfen weiter für die Aufhebung der Rentengerechtigkeit gegenüber DDR-Verfolgten 8 - 9

### **H Ä F T L I N G S S C H I C K S A L:**

**Wer die Sowjets hinters Licht führen wollte, riskierte mindestens sein Leben**

Fortsetzung des Haftberichts des inzwischen verstorbenen Heinz Unruh. 10 - 11

#### **Der Fluch der Diktatur hält an**

Wenn man einen einstigen Offizier als Arbeitgeber hat, gibt es Probleme 12

#### **Flucht und Vertreibung**

Was gilt für wen? 12

#### **Mit Ruhe und Zielstrebigkeit geschichtsbezogene Politik gemacht**

Nachruf auf den jüngst verstorbenen Minister a. D. Heinrich Windelen 13

#### **Undurchdringlich und unheimlich**

Ex-Polizist Kurras verstorben 13

#### **Eitel und oberflächlich, aber in der Öffentlichkeit ein Glanzlicht**

Zum Tode von Fritz Raddatz 14

#### **Haben solche Briefwechsel überhaupt einen Sinn?**

Kein Wort und keine Frage, wie es dem Opfer des Vernehmers gegangen ist 14

#### **Es ist längst nicht alles im Sinne der Opfer geregelt**

Ein Brief an Herrn Ramelow, der mit Herzblut geschrieben wurde 15

#### **Hinhaltetaktik oder echte Lösungssuche?**

Was wird mit den Ideologie-Akademikern der DDR und ihren Titeln? 15

#### **Interesse war wieder riesig**

Zeitzeugenveranstaltung in Lemgo 16

**Zitate** 4, 5, 13, 9, 15

**Briefe und Briefwechsel** 4, 12, 14

**Nachrufe** 5, 13, 15

## **Auch weiterhin große Zahl von Spendern für die VOS**

Eberhard Pohl, Sabine Trompler, Edith Anders, Heinz-Jürgen Müller, Dieter Müller, Erika Herbrich, Peter Schneeweiß, Ruth-Annelies Anders, Karl-Heinz Werner, Horst Kreeter, Hans Stein, Joachim Hänel, Wilma Möller, Jürgen Fuhrmann, Werner Arnold, Barbara und Harald Beständig, Winfried Schiemenz, Bernd Westphal, Rolf Göbel, Werner Kosel, Karl-Heinz Ulrich, Thomas Hainich, Ruth Zabel, Manfred Wiese, Rudi Richter, Friderun und Egon Seel, Stefan Obst, Christel Haustein, Martin Pescheck, Karl-Heinz Ruhau, Christine Fiege, Günter Rößger, Karla und Dieter Bachmann, Hartmut Behle, Günter Jacobi, Gisela Härtel, Johann Leeb, Jürgen Wenzel, Christa und Bernd Pieper, Liesel Albina Mayer, Siegfried Müller, Sigrid Schulz, Lothar Baumann, Günther Müller, Wolf-Peter Rubner, Rainer Bäurich, Helmut Schlönvoigt, Erhard Göhl, Ernst Levin, Fritz Schöne, Manfred Barth, Günther Fiene, Hans-Dietrich Kieckbusch, Horst Ahrens, Klaus Muder, Hans-Joachim Markgraf, Peter Gotzmann, Werner Wäsche.

**Allen Kameradinnen und Kameraden einen herzlichen Dank.**

**Bitte unterstützen Sie den Verband auch weiterhin durch eine Spende.**

**Jeder einzelne Euro ist wichtig.**

## **Zu den Nachwahlen im VOS- Bundesvorstand**

Aufgrund eines Rücktritts wegen Krankheit bzw. einer Umstrukturierung wurde eine Nachwahl im geschäftsführenden Bundesvorstand erforderlich. Die bei der Generalversammlung im April 2014 gewählten Kameraden Mathias Katze und Hugo Diederich sind von ihren Posten zurückgetreten. Im Verfahren der Briefwahl wurde Rainer Buchwald zum stellvertretenden Vorsitzenden und Schatzmeister. Für einen weiteren Sitz im geschäftsführenden Bundesvorstand kandidieren Kameradin May-Britt Krüger und Christoph Becke. Kameradin Krüger war zuvor Beisitzer im erweiterten Bundesvorstand und wurde den Delegierten bzw. Wahlberechtigten zur Generalversammlung 2014 vorgestellt.

Auch Beisitzer sind in den Bundesvorstand nachzuwählen. Bisher haben sich vier Kandidaten zur Wahl gestellt:

- Rotraut von Dechend
- Christoph Becke
- Hugo Diederich
- Ralf Kotowski

Die Wahl findet im Briefwahlverfahren statt. Das Ergebnis erfahren Sie in der nächsten Fg. *BV/HD*

## Zwei Monate Pause sind mir viel zu lang

*Könnte die Fg nicht im früheren Rhythmus erscheinen?*

☒ Was ich mir wünschen würde: dass die Freiheitsglocke wieder monatlich (!) erscheint. Dies wäre vor allem für die älteren Mitglieder wichtig, da unsere Zeitung ein wesentliches Bindeglied zwischen den Kameradinnen und Kameraden einerseits und dem Verband in seiner Gesamtheit andererseits ist.

Viele von uns sind nicht mehr reisefähig und können nicht an Begegnungen, Versammlungen und sonstigen gemeinsamen Aktionen teilnehmen.

Bei einer Rückkehr zum monatlichen Erscheinungsmodus könnten die Einzelnen wieder schneller und flüssiger über die aktuellen Verbandsthemen und das politische Geschehen aus unserer Sicht informiert werden. Wenn man zwei Monate auf die nächste Fg warten muss, so ist das schon eine ziemlich lange Zeit.

Ich weiß, es ist eine Frage der Mehrarbeit und der Mehrkosten. Aber ich glaube, ich spreche im Namen aller, dass jedes Mitglied und jeder Abonnent für diese sehr interessante Zeitschrift auch etwas mehr bezahlen würde.

Vielleicht ist das monatliche Erscheinen bald wieder möglich!

*Karl-Heinz Genath*

## Ins Tagebuch der kritischen Gedanken gebrannt

*Man kann natürlich die Leute, die einen Unrechtsstaat gegründet und diesen gewaltsam und mit Lügen aufrechterhalten haben, fragen, ob es sich bei ihrem Staat wirklich um einen Unrechtsstaat gehandelt hat. Man kann dies tun, auch wenn man im Voraus weiß, dass sie das von ihnen zu verantwortende Unrecht abstreiten werden und sie ihre Argumente an den Haaren herbeiziehen und behaupten, diese untergangene DDR sei ein gerechter Staat gewesen. Doch man darf diesen Leuten nicht auf den Leim gehen und ihnen glauben. Damit schadet man der Aufarbeitung der Geschichte und entwirft auch für die nachfolgenden Generationen ein falsches Bild und beeinflusst die Gesellschaft von morgen negativ.*

*Paul G. Thiesreuther*

## Die Freiheitsglocke, wird sie verstummen?

*Ein „Nachsatz“ zum Leserbrief des Kameraden Genath*

Die nebenstehend geäußerte Meinung von Kamerad Genath ist keine Einzelstimme. Fast alle Leserinnen und Leser der Freiheitsglocke wünschen den früheren Modus in der Erscheinungsweise des Blattes zurück. Natürlich kann ich das als Redakteur verstehen, und es ist ja zugleich ein Zeichen der Zufriedenheit und des Lobes, wenn noch mehr Quantität in der Berichterstattung gewünscht wird.

Nach wie vor scheitert eine Erfüllung dieses Ersuchens jedoch an den VOS-Finzen. Darüber ist inzwischen mehrfach in Ausführlichkeit geschrieben worden. Nicht zuletzt haben wir im vorigen Jahr auch dafür gekämpft und darüber gestritten, ob und wie wir unser *Flaggschiff* und Sprachrohr überhaupt erhalten können.

Nun müssen wir zumindest warten, bis das Sozialgericht unseren Widerspruch zum auferlegten Zahlungsbescheid bearbeitet hat, und auch dann erst werden wir sehen, welche Entscheidung getroffen wird. Vermutlich werden wir aber sowieso noch einige Jahre an dem uns auferlegten Schuldenberg zu arbeiten haben, auch wenn seine Höhe gemindert werden sollte.

Dass sich vorher eine Verbesserung für die Fg auf anderem Wege ergibt, ist nicht wahrscheinlich. Helfen könnte eigentlich nur eine öffentliche Förderung, die mit zweckgebundenen Geldern die Herausgabe der Fg stützt. Dass bei der Herstellung der Zeitung eine weitere Kostenoptimierung möglich ist, ist schon gar nicht denkbar. Es dürfte kaum ein Blatt in der seriösen Zeitungslandschaft Deutschlands geben, das effektiver auf den Weg gebracht wird.

Der weitere Vorschlag, den Kamerad Genath unterbreitet und der eine höhere Kostenbeteiligung der Bezieher beinhaltet, ist gut gemeint, aber selbst wenn zwei bis fünf Euro jährlich als freiwilliger Zuschlag an alle Leserinnen und Leser erhoben würden, würde das bestenfalls für eine einzige zusätzliche Ausgabe reichen.

Als ich die Redaktion vor zwanzig Jahren übernommen habe, stand vorübergehend der Gedanke im Raum, die Fg aus der VOS auszugliedern und (finanziell) gesondert

laufen zu lassen. Es wäre – möglicherweise – ein Weg gewesen, langfristigen Geldengpässen auszuweichen. In dieser Konstellation hätte man versuchen können, mit einem zusätzlichen freien Verkauf und probeweise mit Anzeigenannahmen (Optiker, Hörgeräte) den finanziellen Sockel zu stabilisieren.

Dieses Modell ist letztlich nicht offen diskutiert worden, so dass kaum jemand etwas davon weiß. Stattdessen wurden die Hinweise auf den abzusehenden Mitgliederschwund, der inzwischen immer deutlicher greift, permanent ignoriert. Im Vergleich zum Stand der Jahrtausendwende haben wir gewiss tausend Kameradinnen und Kameraden verloren. Demgegenüber stehen viel zu wenig neue Mitgliedschaften. Dabei wäre der Gewinn neuer Mitglieder der einfachste und sinnvollste Weg, den Verband, seine Idee und sein Vermächtnis zu erhalten. Leider habe ich mehrfach erlebt, dass die Kinder oder Enkelkinder verstorbener Kameraden nach der Beisetzung eines ehemaligen politischen Häftlings ihre dringendste Aufgabe darin sahen, das Abonnement der Freiheitsglocke und die Mitgliedschaft in der VOS zu kündigen. Das ist wahrlich kein würdiges Verhalten. Gerade Kinder und Enkelkinder sollten wissen, dass sie selbst den Westen mit seinem Wohlstand und seiner Freiheit nicht ohne die hohen Haftzeiten ihrer Vorfahren hätten erleben können.

Ich möchte es daher nochmals (!) allen Kameradinnen und Kameraden mit auf den Weg geben, Mitgliederwerbung für die VOS zu betreiben. Dies kann in der Familie oder im Freundeskreis, aber auch im weiteren Umfeld geschehen. Und wirklich, es soll mir im Erfolgsfall nicht auf eine Buchprämie (ich habe nebenher immerhin auch mindestens dreißig Bücher geschrieben) für eine gelungene Neumitgliedschaft ankommen.

Wir stehen jetzt an der Schwelle des 750er Jubiläums. Werden wir es bis zur 800. Ausgabe und vielleicht weiter schaffen? Ich als Redakteur kann die Frage ebenso wenig beantworten wie jeder andere Einzelne. Wir können es aber versuchen, als Gemeinschaft. AR

# Trotz des eigenen Leides war er für alle Vorbild und Vaterfigur

Nachruf auf Heinz-Günther Lorenz,  
geb. am 6. März 1920, gest. am 1. März 2015



Nach einigen Monaten mit viel Geduld ertragener Krankheit, doch bis zur letzten Stunde bei klarem Verstand, war sein Tod die von ihm ersehnte Erlösung.

Verhaftet am 13.4.1948 und verurteilt nach dem Willkür-Artikel 58,10 der sowjetischen Besatzer, kam er im Januar 1949 von Bautzen nach Sachsenhausen und im Februar 1950 nach Untermaßfeld. Wir verbrachten weitere Jahre gemeinsamer Haft in Brandenburg-Görden und in Waldheim bis zur seiner Entlassung am 17. Januar 1954. In Waldheim entwickelte sich über die vorbildliche Kameradschaft hinausgehend eine wohl einmalige Freundschaft zwischen ihm und den Kameraden Blanck, Grziwa, Hebold und Radicke. Wir zollten Heinz unseren besonderen Respekt, da er seine Frau Traudel und zwei Söhne in völliger Ungewissheit zurück ließ, während uns Ledigen derartige Sorgen erspart blieben. Obwohl wir nur wenige Jahre jünger waren, wurde Heinz für uns zum fast väterlichen Freund und Vorbild. Trotz dieser für ihn schweren und langen Haftzeit erhielt er sich einen gesunden Humor bis in sein Alter.



Heinz Lorenz (Fotos: als junger Mann und im hohen Alter) war Mitbegründer der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Baden-Württemberg und langjähriger Vorsitzender der dortigen Bezirksgruppe der VOS. Auch unserer Arbeitsgemeinschaft fühlte er sich eng verbunden. Noch bis kurz vor seinem Tod stand er als wertvoller Zeitzeuge für deren Projekt zur Klärung von Schicksalen Untermaßfelder Häftlinge zur Verfügung.

Mit allen seinen hervorragenden Eigenschaften behalten wir unseren getreuen Schicksalsgefährten und Freund in bester Erinnerung. Die beiden letzten Überlebenden der Freundesgruppe sind nun noch Günter Blanck und Paul Radicke.

Vorstand und Mitglieder der **ARBEITSGEMEINSCHAFT LAGER SACHSENHAUSEN**

## Das Zitat:

Das sind die Starken, die unter Tränen lachen, eigene Sorgen verbergen und andere glücklich machen.

Franz Grillparzer

# Ein Leben mit der VOS und für die Kameradinnen und Kameraden

Wenige Tage vor seinem 95. Geburtstag verstarb unser hochgeschätzter Kamerad Heinz-G. Lorenz. Nachruf der VOS

Noch Anfang vorigen Jahres gehörte er zu denjenigen, die mit geistiger Frische und ungebrochener Einsatzbereitschaft aus ihrer Haft- und Lebenszeit für die Fg etwas übermittelten und die versuchten, gegen falsche Darstellungen und riesig klaffende Lücken in der Aufarbeitung der Geschichte des sozialistisch oder kommunistischen Unrechts in den Medien anzugehen. Geradezu empört war er, als in der Publikation zur Haftanstalt Untermaßfeld eine dürftige Abhandlung über die Haftbedingungen in der SBZ/DDR-Zeit stattfand.

Sein Wort, seine Erinnerung, sein Einsatz galt bei uns viel: Heinz-Günther Lorenz war bei aller Bitternis, die die politische Haft bei ihm bis zuletzt hinterlassen hatte, sachlich und gerecht. Und er war als Kamerad korrekt und hilfsbereit. Noch in den letzten Lebensjahren war er – erfolgreich – bemüht, Kontakte zu den Angehörigen seiner Haftkameraden zu knüpfen, und dafür erntete er entsprechende Dankbarkeit. Die VOS bedeutete ihm viel, fast so viel wie eine Familie. Geradezu mit Innigkeit und Wärme bewahrte er die Erinnerungen an die gemeinsamen Jahrzehnte mit den Kameraden im Stuttgarter Raum nach der Haft und der Übersiedlung in die Bundesrepublik auf. Die Traurigkeit und die Enttäuschung, dass das gemeinsame Leben in der Bezirksgruppe, das einst von Aktivitäten und Freundschaften gekennzeichnet war, allmählich abebbte, war ihm trotz seines unbezwingbaren Frohsinns anzumerken. Immer mehr von den „Alten“ starben, junge VOSler kamen kaum nach. Lange hatte er den Vorsitz in der Bezirksgruppe innegehabt, dann fühlte er sich nicht mehr in der Lage, diese Funktion auszuüben. Da sich jedoch kein Nachfolger fand, übernahm er die Arbeit erneut, so schwer und leidvoll ihm das teils wurde.

Als ich im vorigen mit ihm telefonierte, bezeichnete er sich als „Oldie-Mitglied“ der VOS. Er war geistig voll auf der Höhe. Er gab Ratschläge, erzählte von sich und der frühen VOS und klagte wenig. Leider lebte er allein, und dass er mit der Sehkraft große Probleme hatte, war an den eMails zu sehen, die er dennoch verschickte. Mir hat dies großen Respekt eingeflößt. Allein die Tatsache, dass ein Mensch mit 90 Jahren noch die „Computerei“ beginnt und im Internet „unterwegs“ ist, spricht für Unerschrockenheit und Tatkraft.

Schließlich hat er sich doch entschlossen, in ein Heim zu gehen. Vermutlich war es die beste Entscheidung in dieser Lage. Oder doch nicht?

Wer will das wissen.

Ich weiß, dass ich den nachfolgenden Satz nicht zum ersten Mal schreibe, dennoch er ist simpel, aber wahr: Niemand kann ewig leben, auch wenn man es von jenen Leuten denkt und hofft, die man braucht und die irgendwie immer für die anderen da sind. Und auch jener andere Satz: Wir werden ihn vermissen und sein Gedenken in den Herzen bewahren, ist nicht neu. Aber auch er ist hier nicht einfach so dahingeschrieben.

Kamerad Lorenz war ein Stück VOS, und er wird es bleiben, so wie die anderen, die von uns gegangen sind. Er ist tot, aber er lebt – mit uns. AR

# Durch wen wurde die DDR geschaffen, wer hat sie überhaupt gewollt?

*Die Diskussion um den Unrechtsstaat bedarf einiger wesentlicher Ergänzungen*

Die Frage, ob die DDR, die es bekanntlich immer noch in den Köpfen zahlreicher Zeitgenossen gibt, ein Unrechtsstaat war, scheint trotz des inzwischen vergangenen Vierteljahrhunderts seit ihrem existenziellen Verschwindens immer noch nicht endgültig beantwortet. Es gibt leider genug Leute, die meinen, man müsse das Regime der untergegangenen DDR lediglich daran messen, dass es hier kein Zivilrecht gab, was eigentlich nicht als Kriterium für staatliches Unrecht gelten könne. Doch in dieser sozialistischen DDR gab es auch viele andere Erscheinungen, die allein schon die Bezeichnung demokratischer Rechtsstaat ausschließen. Zum Beispiel existierten keine Versammlungsfreiheit und kein Recht auf freie Meinungsäußerung. Es gab kein wirkliches Recht für jede Bürgerin und jeden Bürger auf Bildung, denn wer sich nicht zur SED-Politik bekannte, der durfte kein Abitur machen und der erhielt keinen Studienplatz. Unübersehbar ist auch die Tatsache, dass in der DDR Menschen aus politischen oder Gesinnungsgründen inhaftiert, verfolgt oder durch den Sicherheitsdienst überwacht und durch hintertriebene Maßnahmen schikaniert und zersetzt wurden. Verhindert wurde – trotz gegenteiliger Beteuerungen – zudem eine freie Religionsausübung. Dazu gehörte die Benachteiligung von Christen, die sich nicht dem staatlichen Diktat einer angepasst unterwürfigen „Kirche im Sozialismus“ fügten. Freie Religionsgemeinschaften wie die Zeugen Jehova waren verboten, ihre Mitglieder wurden nicht selten inhaftiert – so wie es bereits unter der NS-Diktatur geschah. Eine andere Maßnahme war die bedingungslose ideologische und hierarchische Gleichschaltung der sogenannten Blockparteien, zu denen die CDU oder die LDPD zählten, deren Mitglieder man übrigens später fast kommentarlos in die (namentlich identischen) demokratischen Parteien der Alt-Bundesrepublik übernahm.

All das macht freilich noch keinen kompletten Unrechtsstaat aus, selbst wenn man den Vergleich mit dem menschenfeindlichen NS- Re-

gime ausblenden würde. bekanntlich wird ja nicht nur von Seiten der Partei Die Linke immer wieder vorgebetet, dass vieles systemnotwendige Einzelercheinungen gewesen seien, die es in anderen Ländern auch gegeben habe, wobei ja regelmäßig auf Berufsverbote für DKP-Mitglieder in der alten Bundesrepublik und die „Verfolgung“ von Journalisten während der sogenannten Spiegel-Affäre in den 1960er Jahren verwiesen wird.

---

**Wir haben später gesehen, dass bei den einzigen freien Wahlen, die nach dem Sturz Honeckers erfolgten, die SED- Nachfolgeorganisation PDS auf ein Ergebnis von etwa 16,4 Prozent kam. Damit spiegeln sich auch das Interesse und die Zustimmung der Bevölkerung an der Politik der Sozialisten wider.**

---

Und einer derart oberflächlichen Argumentation gehen genügend Leute auf den Leim, zumal ja unvermeidlich der Vergleich mit der nationalsozialistischen Diktatur gezogen wird, die in der Tat von ihrer Komplexität und Grausamkeit als unmenschlichste und verheerendste Staatsform des vorigen Jahrhunderts gilt. Entsprechend hieß es in der DDR, um ein Wiedererstehen der faschistischen Gesinnung zu verhindern sei nun mal auch die Aufhebung der vorgenannten demokratischen Freiheiten erforderlich gewesen.

---

**Einen Staat zu gründen, den die große Mehrheit der Bevölkerung ablehnt und in dem sie mit Lügen und Gewalt unterdrückt wird, stellt ein grobes Unrecht dar.**

---

Noch drastischere Maßnahmen waren allerdings die Inhaftierung politisch Andersdenkender, der Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze, das Aufstellen von Selbstschussanlagen und Minen an eben diesen Grenzanlagen, die Hinrichtung von besonders unliebsamen Staatsfeinden und so genannten Spionen, aber auch die Zwangsadoption der Kinder von inhaftierten politischen Gegnern und die in einem quasi rechtsleeren Raum verfügte Einweisung von minderjährigen Ideologie-

Verweigerern in die Jugendwerkhöfe und Jugendstrafanstalten. Da mag auch die Tageszeitung Neues Deutschland am 19. Februar in einem Beitrag auf Seite 2 der naiven deutschen Bevölkerung versichern: *Trotz vieler Missstände und Ungechtigkeiten war es dort {gemeint ist die DDR – d. Red.} nicht üblich, unliebsame Bürger von Todesschwadronen beseitigen zu lassen oder in Folterkellern zu quälen.* Und Peter Michael Diestel, der für sich auch als CDU-Mitglied eine allseits bekannte Eigenwilligkeit in Anspruch nimmt, bekennt im selben Blatt: *Mir sitzt dieser strapazierte Begriff vom „Unrechtsstaat“ DDR so was von quer. Wir haben mit diesem Unrechtsstaat eine so aberwitzige Diskussion, die einfach nur peinlich ist.* (Interview in der ND-Ausgabe vom 10. Februar 2015)

Wer so etwas im Interview sagt bzw. in einem Artikel als Wahrheit hinstellt, sollte sich zumindest nach Namen wie Lutz Eigendorf, Peter Fechter oder Chris Gueffroy erkundigen und ruhig auch mal einen Euro Eintritt für den Rundgang in einer ehemaligen Stasi-U-Haft-Gedenkstätte investieren.

Dabei ließe sich die Reihe der Namen von Opfern dieser verbrecherischen Maßnahmen fast nach Belieben verlängern. Allein die auf staatliches Geheiß an der Grenze zur Bundesrepublik errichtete Mordmaschinerie ist ein eklatanter Verstoß gegen das Menschenrecht gewesen. Egal wie man sich heute dazu positioniert.

Auch über die inzwischen nachgewiesenen Internierungspläne (siehe vorige Fg-Ausgabe) verliert niemand ein Wort. Ein Staat, der vorhat, in großer Zahl unangepasste und andersdenkende Menschen aus der eigenen Bevölkerung festzusetzen und in Isolationslagern einzusperren, ist verabscheuenswürdig und kann nicht für sich in Anspruch nehmen, in irgendeiner Weise als Rechtsstaat zu gelten.

Aber letztlich fehlt eine Tatsache, die nicht nur die Bezeichnung Unrechtsstaat rechtfertigt, sondern die die Existenzberechtigung einer DDR vom Augenblick ihrer Gründung an völlig ausschließt.

☛ Seite 7 oben

Es ist dies die Frage: Durch wen wurde die DDR geschaffen, und wer hat sie gewollt? Und damit verbunden: Wessen Staat ist die DDR gewesen?

Fakt ist, dass weder in der vormaligen SBZ (Sowjetisch Besetzte Zone) noch in der späteren DDR bis zum Frühjahr 1990 in irgendeiner Form freie Wahlen stattfanden. Alles lief unter Zwang, alles war vorbestimmt, und wo es trotzdem nicht die gewünschten Wahlergebnisse gab, wurden die Zahlen per Fälschung und Manipulation „beegradigt“. Man kennt die Ergebnisse, die man im Anschluss an die Urnengänge im Zentralorgan Neues Deutschland veröffentlichte. Sie dokumentierten eine Zustimmung von 99,99 Prozent zu den Kandidaten der SED und der Blockparteien und deren von Moskau aus diktiertem Politik. Niemand redet heute davon, was mit Menschen geschah, die am Tage der Wahl nicht bis Mittag im Wahllokal erschienen sind. Ganz zu schweigen von jenen Mutigen, die in die Kabine gingen, um die gelisteten Kandidaten durchzustreichen oder von den bedingungslos Konsequenten, die gar nicht zur Wahl gingen.

Wir haben später gesehen, dass bei den einzigen freien Wahlen, die nach dem Sturz Honeckers in der DDR erfolgten, die SED-Nachfolgeorganisation PDS auf ein Ergebnis von etwa 16,4 Prozent kam. Damit spiegeln sich auch das Interesse und die Zustimmung der Bevölkerung an der Politik der Sozialisten wider. Und dies nicht nur am Vorabend des Untergangs der SED-PDS-Diktatur, sondern während der gesamten Zeit dieses Regimes.

Darf ein Staat auf dieser Basis existieren? Ist es zulässig, dass vier Fünftel der Bevölkerung das Diktat von einem Fünftel erdulden müssen? Die Antwort lautet nein. Und ganz sicher wäre das Regime der SED schon nach der Staatsgründung zusammengebrochen, hätte nicht das von Moskau gesandte Militär durch seine unerbittliche Schreckensherrschaft den Freiheitsdrang der Menschen niedergehalten. Spätestens beim Volksaufstand vom Juni 1953 wurde klar, dass sich dieses Militär nicht überwinden lassen wird. Eine Tatsache, die später auch für die Aufstände

von Budapest und Prag eine erschreckende Gültigkeit bekam.

Es war nur ein schmales Zeitfenster in der Geschichte Deutschlands und Europas, dass in jenem Herbst 1989 angesichts der Massendemonstrationen keine Panzer rollten und keine Granaten explodierten. Und es war ein Augenblick politischer Schwäche und menschlicher Blauäugigkeit, den der Generalsekretär der KPdSU damals hatte, als er dem Drängen Helmut Kohls nachgab und seine Hand vom östlichen Teil Mitteleuropas zurückzog.

Seit Wladimir Putin an der Macht ist, wissen wir, welchem Glücksfall wir die Einheit und die Zerschlagung der sowjetischen Militärdiktatur zu verdanken haben. Der kriegerische Konflikt in der Ukraine zeigt uns, was passiert wäre, wenn die Sowjets im Anschluss an die Breschnew-Ära anstatt Gorbatschow einen Diktator wie Putin an die Macht gehievt hätten. Falls es dann überhaupt zu diesen Massendemonstrationen gekommen wäre, hätten wir 1989 in Leipzig und anderen Städten der DDR ein weitaus schlimmeres Blutbad erlebt als ein paar Monate zuvor die Menschen in Peking. Und ganz sicher: Die sowjetischen Panzer und Raketen stünden noch immer auf dem Territorium, das wir heute Neue Bundesländer nennen.

Wenn man von der DDR als einem Unrechtsstaat spricht, dann sollte man begreifen, dass dieses Regime nichts weiter war als ein Konstrukt von Moskaus Gnaden. Im Sinne der großen Mehrheit der (gesamt)deutschen Bevölkerung hatte ein solches Gebilde keine Existenzberechtigung. Schon deshalb nicht, weil es mit Lügen und Gewalt aufrecht erhalten wurde. Dies stellt ein grobes Unrecht und eine elementare Menschenrechts-

verletzung dar. Ein solches Unrecht, ein solcher Staat lassen sich auch im Nachhinein nicht rechtfertigen. Dass sich die Menschen allmählich in „ihrer“ DDR eingerichtet hatten und viele das Nachdenken über die politischen Zustände aufgegeben haben, hat letztlich dazu geführt, dass mit dem Eintreten der staatlichen Einheit die neuen



Anforderungen schwerer zu meistern sind. Ganz klar, auch die heutige Zeit verlangt uns vieles ab. Die Verantwortlichkeit für das eigene Leben ist groß. Man muss Entscheidungen treffen, man muss um seinen Arbeitsplatz kämpfen, man muss sich gegen Konsumaufdringlichkeit zur Wehr setzen.

Dass in der Staatsform des Westens, in der wir inzwischen leben, jeder seine Meinung sagen und schreiben kann, ist dann auch nur die eine Seite der erreichten Freiheit, denn auf der anderen Seite ist es einfach schwer, mit seinen Äußerungen in der Öffentlichkeit – auch mit berechtigter politischer Kritik – Gehör zu finden. Auch der heutige Rechtsstaat hat seine Tücken und Irrwege. Dies kann jedoch kein Grund sein, sich im Sinne einer naiven Nostalgie die DDR zurückzuwünschen und sie auf einmal zu verklären. *B. Thonn*

*Fotokollage von VOS-Mitglied Andreas Kaiser (Bonn): Die Mauer fällt, die Blindheit bleibt*

# Der Verlust summiert sich bis auf mehrere hundert Euro im Monat

Zurückgestufte DDR-Flüchtlinge finden bei Rentenbeschwerden einfach kein Gehör

**Seit Jahren schon kämpfen die sogenannten Alt-Übersiedler aus der DDR – unter ihnen ehemalige politische Ex-Häftlinge und Verfolgte – gegen ihre willkürliche und gesetzeswidrige Rückstufung im Rentengesetz, durch die sie nunmehr niedrigere Renten bekommen und nicht mehr wie eigentlich vorgesehen mit den Ansprüchen der Alt-Bundesbürger gleichgestellt sind. Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge hat sich eine Aufhebung der Ungerechtigkeit zum Ziel gesetzt und beschreitet nach der Abweisung Hunderter Petitionen nun den Weg der Klage, worüber auch in der Fg schon mehrfach ausführlich berichtet wurde.**

**Lesen Sie nachstehend zu diesem Thema den Beitrag von Martin Sachse.**

In diesen Tagen, 25 Jahre nach dem Mauerfall, schmücken sich Politikerinnen und Politiker in Sonntagsreden und auf unzähligen Veranstaltungen gern mit den Lebensleistungen der Menschen, auf deren Seite sie in Zeiten der DDR-Diktatur sicher nicht immer gestanden hätten oder haben – den Oppositionellen und kritischen Intellektuellen der DDR. Demgegenüber werden diese Menschen, die häufig als Flüchtlinge und Übersiedler vor 1989 in die Bundesrepublik kamen, bis heute vielfach diskriminiert. Ein viertel Jahrhundert nach dem Ende der DDR kämpfen die einst Verfolgten erneut um Menschenwürde und ihre vor 1989 in der Bundesrepublik erworbenen Rechtspositionen.

Davon war auf der Veranstaltung am 4. November 2014 im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin nichts zu vernehmen. Es liegt nicht nur daran, dass nun 25 Jahre lang immer dieselben Kritiker des DDR-Unrechts die Podien besetzen und kritisch gebliebene Zeitzeugen ausgegrenzt werden, so dass der Eindruck entsteht, die DDR-Opposition hätte gerade mal aus einem Dutzend Aufrechter bestanden.

Die Veranstaltung im Adenauer-Haus hatte wie die Beiträge der Referenten keinen Blick auf die Schattenseiten des *Wiedervereini-*

*gungsmärchens* und verlief nach dem Muster sämtlicher Veranstaltungen.

Auf die prekäre Situation vieler DDR-Flüchtlinge und Übersiedler ging u. a. 2011 DIE ZEIT in Ausgabe 33/201117 in einem Artikel ein, wo sie schrieb: „Was heißt hier fair? 20 Jahre nach der Wende kämpfen frühere DDR-Flüchtlinge immer noch um ihre Rente“. Und weiter heißt es: „Hintergrund des Streits: Bis Ende der achtziger Jahre waren in die Bundesrepublik ausgereiste DDR-Bürger per Bescheid ins westliche Rentensystem eingruppiert und dabei Westdeutschen gleichgestellt worden.

Dieser Status wurde ihnen jedoch durch das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) nach der Wende aberkannt. Der Verlust summiert sich teilweise auf mehrere Hundert Euro im Monat. Nach Zahlen der Deutschen Rentenversicherung Bund sind rund 317.000 Übersiedler betroffen.“

---

**Die IEDF kommentiert die Aussage so: „Ausgerechnet die SED-Nachfolgepartei formuliert den Sachverhalt politisch, historisch korrekt!“**

---

Im Beitrag wird der Politikwissenschaftler Prof. Klaus Schroeder zitiert, der an der Freien Universität Berlin den Forschungsverbund SED-Staat leitet: „Die Übersiedler wurden zweimal bestraft. Man hat ihnen gegenüber das Versprechen gebrochen, sie wie Bürger Westdeutschlands zu behandeln. Und sie stehen jetzt sogar schlechter da als regimetreue DDR-Beitragszahler.“

Ein Aberwitz der Geschichte! In vielen Beiträgen auf diesem Blog wurde bereits auf die Situation im Entschädigungsrecht politisch Verfolgter aus der ehemaligen DDR eingegangen.

Wolfgang Leonhard würde die Situation wie folgt betiteln: „Die Revolution entlässt ihre Kinder“. Das träfe es genau, die einstigen Vorkämpfer für Freiheit und Recht in der DDR hatten ihre Rolle als Widersacher der DDR-Diktatur verloren, systemnahe Menschen wie auch viele Täter, wurden durch neue Aufgaben, üppige Renten und

Pensionen in der Bundesrepublik geehrt.

Das musste den Zorn der Betroffenen auf unerträgliche Weise provozieren – und hat es auch. Nur interessiert es die politisch Verantwortlichen nicht.

---

**Für viele politisch Verfolgte war Biermann eine Art „Vaterfigur“. Diese Lorbeeren gingen ihm nun verloren.**

---

Auch wenn Wolf Biermann, aus Anlass einer Feierstunde zum 9. November 2014 vom Deutschen Bundestag eingeladen, die Partei DIE LINKE scharf attackierte, muss der Objektivität halber festgehalten werden, dass gerade diese Partei sich seit Jahren für die offenen Probleme im Sozial- und Rentenrecht der ehemaligen Flüchtlinge und politisch Verfolgten der DDR ausspricht. Dafür gibt es unzählige Belege. In einem Flyer, den Mitglieder der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. (IEDF) ins Adenauer-Haus mitbrachten, leider aber nicht ins Podium eingeladen waren, findet sich die Ausführung von Frau Dr. Martina Bunge (DIE LINKE) aus 2012 vor dem Deutschen Bundestag: „Die DDR-Altübersiedler waren zum Zeitpunkt ihres Übertritts eindeutig Bundesbürger mit allen Konsequenzen; das kann nicht nachträglich umgewandelt werden. Rechtspositionen kann man nicht je nach Zweck oder Anlass wechseln. Das ist Willkür.“ Und die IEDF kommentiert diese Aussage: „Ausgerechnet die SED Nachfolgepartei formuliert den Sachverhalt politisch, historisch korrekt!“

Als Wolf Biermann im Deutschen Bundestag zynisch vortrug: DIE LINKE sei „der elende Rest dessen, was zum Glück überwunden ist“ und sie als „Drachenbrut“ bezeichnete, wusste er gewiss nichts von den Sorgen der einstigen Verfolgten der DDR, die ihm nicht selten in der ehemaligen DDR politisch nahe standen, weil sie sich einen reformierten Sozialismus wünschten.

Für viele politisch Verfolgte war Biermann eine Art „Vaterfigur“.

☛ **Seite 9 oben**



Diese Lorbeeren gingen ihm nun verloren, aber nicht weil er dem Kommunismus abgeschworen hat (was ihm zusteht), sondern weil er offenbar die Realität in der Bundesrepublik verkennt.

Zu einer Feierstunde im Abgeordnetenhaus von Berlin aus Anlass des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im vergangenen Jahr hatte ich mit Wolf Biermann gesprochen und ihm eine persönliche „Stasi-Geschichte“ erzählt, die mit meinem Berufsverbot beim Fernsehen der DDR eng verknüpft ist und auch ihn wegen seiner Ausbürgerung aus der DDR betraf. Ich hatte als Mitarbeiter des Fernsehens in der Dramatischen Kunst eine mir abverlangte Unterschrift für die Ausbürgerung von Wolf Biermann verweigert – wozu ich auch heute noch stehe.

Die IEDF versucht seit Jahren die politisch Verantwortlichen zu einer Lösung der FRG-Frage (Fremdrentengesetz) zu bewegen. Ohne Erfolg. Derzeit liegt Klage beim Bundesverfassungsgericht vor. Im Flyer der IEDF findet sich die Kommentierung: „Die Bundeskanzlerin Angela Merkel schweigt, der Bundespräsident Joachim Gauck schweigt. Beide ehemalige DDR-Bürger, jedoch keine Flüchtlinge“.

Dem ist nur hinzuzufügen. Wie würden sie nach einem Rollentausch das neue Unrecht empfinden?!

Die IEDF führt weiter aus: „Es gibt keinen parlamentarischen Vorgang, der die Rechtspositionen der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, die schon lange vor dem Fall der Mauer Bürger der alten Bundesrepublik Deutschland waren, noch einmal zur Disposition stellt.“ Das bestätigte auch Ottmar Schreiner (SPD) 2012 vor dem Bundestag: „... es gab keine Lesung im Parlament, keine Ausschussunterlagen. Kein Abgeordneter kann sich an einen derartigen Vorgang erinnern ... Aber niemand war sich der Tragweite der damaligen Regelungen, die in verklausulierter Form irgendwo untergebracht worden sind, in Wirklichkeit bewusst ...“

Man könnte von einer „Sternstunde im wiedervereinten Parlament“ sprechen, wären die Folgen für die Betroffenen nicht von so erheblicher Bedeutung. Auf Anfrage

der IEDF vom 15. August 2012 schrieb Norbert Blüm (CDU, Sozialminister 1982-1998): „Niemand hat seine Fremdretenansprüche verloren. Die Ansprüche blieben erhalten ...“

---

**Wolfgang Schäuble: „Es gehört zum erreichten Stand europäischer Rechtstradition, dass Gesetze nicht rückwirkend zum Nachteil Betroffener geändert werden dürfen.“**

---

Wolfgang Schäuble, der Verhandlungsführer der Bundesrepublik Deutschland beim Einigungsvertrag mit der DDR war, schrieb am 28. April 2008: „An Beschlüsse über die Neubewertung der rentenrechtlichen Situation von Übersiedlern während der Verhandlungen zum Einigungsvertrag kann ich mich nicht erinnern.“ Im Bundesrat bestätigte er am 23. November 2011: „Es gehört zum erreichten Stand europäischer Rechtstradition, dass Gesetze nicht rückwirkend zum Nachteil Betroffener geändert werden dürfen.“

Und wenn dies doch geschehen ist und erneut die Menschenrechte der Flüchtlinge und Übersiedler der DDR, wie auch der politisch Verfolgten durch verweigerter Anerkennung von DDR-Folgeschäden, verletzt werden, stellt sich nur eine Frage: Wer ist dafür politisch verantwortlich – und – wer beendet nach 25 Jahren dieses neue Unrecht?

Offenbar verkennt man, dass es nicht um zusätzliche Forderungen geht, sondern um die Wiederherstellung einer „ausgehebelten“ Rechtsposition. Ähnlich argumentiert wird auch im Fall der Anrechnung von NVA-Unfallrenten, die bis zu einer Änderung 2011 zu 100 Prozent als „Einkommen angerechnet“ wurden. Eine Rechtsauffassung, die so unglaublich ist, dass sie nicht kommentiert werden soll. Der Verlust der Gesundheit durch erzwungenen Dienst für den Staat (eben der Wehrpflicht) und der Verpflichtung der Bundesrepublik für die Geschädigten nach der Wiedervereinigung aufzukommen, wurde als „Einkommen“ gewertet – im Gegensatz, und das zu Recht, zu Soldaten der Bundeswehr (Soldatengesetz / Freibetrag gem. § 31 BVG).

Die IEDF schreibt: „Die Union, die sich als Partei der Wiedervereinigung feiern lässt, lässt ... ausrichten, dass die Diskriminierung der ehemaligen Flüchtlinge der DDR gewollt ist.“ Und genau diese Aussage gibt den Sachverhalt korrekt wieder. Aber eben das kann nicht gewollt sein.

Kommen wir auf das Motto der Veranstaltung in der Berliner CDU-Zentrale „Wie erinnern wir?“ zurück, so muss die Antwort lauten: Wir erinnern, indem wir aufzeigen, was 25 Jahre nach dem Ende der DDR an ungelösten und/oder neu geschaffenen Problemen für die Verfolgten der DDR fortbesteht. Unabhängig von Partei- und Fraktionszwängen ist der Gesetzgeber gefordert, das neue Unrecht zu beenden – denn Menschenrecht steht über diesen Zwängen.

Auch wenn heute wie einst in der DDR kritische Meinungen unerwünscht sind, gilt es die Fehler zu benennen und eine Lösung zu finden, um die verletzte Würde derer wieder herzustellen, die einst mutig unter extremen Risiken für Freiheit und Recht einstanden.

Und es gilt, die Rechtsbeugung im Interesse des Rechtsfriedens zu beenden – darüber hinaus sind endlich klare Regeln und Ergänzungen im Entschädigungsrecht für DDR-Folgeschäden zu schaffen, wozu auch eine Beweislastumkehr gehört.

*Martin Sachse*

**Anm.:** Der Beitrag bezieht sich auf eine Veranstaltung der CDU zum Thema („Wie erinnern wir?“) 25 Jahre nach dem Mauerfall in Berlin am 4. November 2014. Um den Kapazitäten der Fg gerecht zu werden, wurde er leicht gekürzt.

Quelle: Martin Sachse/ text030.wordpress.com / Martin Sachse / leicht gekürzte Fassung)

**Wichtige Dokumente zum Sachverhalt:**

1. Beschlussempfehlung an den Bundestag
2. Gutachten zum Sachverhalt / Auftraggeber BMAS
3. Nach Verzögerungen die Aufstellung der Betroffenen (Statistik)
4. Ehrenerklärung des Bundestages

**Das Zitat:**

Das Gesetz ändert sich, das Gewissen nicht. Es steht über dem Gesetz des Landes. *Sophie Scholl*

# Mit List und Schauspielerei die Sowjets kurzzeitig überlistet

*Die Freiheitsglocke setzt den Haft-Bericht von Heinz Unruh auch nach dessen Tod fort – 13. Teil*

Nach einer etwa einjährigen Pause, die durch die Ereignisse in der VOS bedingt waren, setzen wir hiermit unsere Serie über die Verfolgungs- und Hafterlebnisse unseres leider inzwischen verstorbenen Kameraden Heinz Unruh fort. Die authentischen Berichte schildern nicht nur das persönliche Schicksal des Erzählers, sondern sie geben auch ein Zeitporträt, das verdeutlicht, wie skrupellos und menschenverachtend die Stalinisten nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus in der von ihnen besetzten Zone Deutschlands gewütet haben. Mit diesem Vorgehen wurde auf radikale Weise der Grundstein für eine diktatorische Staatsform als Einparteienherrschaft gelegt und zugleich die Grundzüge für den heute geleugneten Unrechtsstaat geschaffen.

Heinz Unruh, der nach einem langen, sehr erfüllten Leben im vorigen Jahr von uns gegangen ist, hinterlässt mit diesem persönlichen Bericht ein wichtiges Zeugnis deutscher und europäischer Geschichte, dessen Züge von militärischer Gewalt und politischer Willkür geprägt sind und die verdeutlichen, dass wir auch angesichts heutiger extremistischer Gewalttaten die Augen vor der Gefahr stalinistisch gearteter Aggressionen nicht verschließen dürfen.

## 13. Teil:

### Fortsetzung aus 737

Wir waren jetzt noch fünf Gefangene in der Zelle. Und gerade waren wir dabei, wieder neue absurde Spionagegeschichten auszuhecken, die ich später meinem Sowjet-Hauptmann vortragen konnte, um ihn möglichst milde zu stimmen, als die Zellentür aufgerissen wurde und ein jämmerliches Bündel Mensch, das an den Hautpartien, die wir sehen konnten, grün und blau geprügelte war und das aus mehreren Wunden blutete, vor unsere Füße gestoßen wurde. Die Grünmütze brüllte ihm und uns etwas Unverständliches hinterher, dann schlug der Kerl die schwere Eisentür wieder zu.

Vor uns lag nun ein in Lumpen gehülltes Stück Mensch, das sich

am Boden krümmte und dem wir kaum noch eine Chance aufs Weiterleben gaben. Egal, dass wir inzwischen so sehr viel Elend gesehen und am eigenen Leibe erfahren hatten, schauderte es uns gewaltig. Wir standen dicht zusammengedrängt

## Häftlings = Schicksal

und starrten entsetzt auf diesen wenig beneidenswerten Neuankömmling. Und wir wussten irgendwie nicht, was wir tun, wie wir uns verhalten sollten.

Endlich gab ich mir einen leichten Ruck und begann mich zu bücken, um nach dem Liegenden zu greifen und festzustellen, ob er überhaupt noch lebte. Da geschah im selben Moment etwas Unglaubliches. Der arme Kerl bewegte sich von selbst. Er hob den Kopf und wandte uns sein Gesicht zu. Und siehe, in eben diesem malträtierten Gesicht zeigte sich ein verschmitztes Lachen, das die Wunden und Blutergüsse deutlich überstrahlte. Zugleich erkannten wir, wer diese misshandelte Gestalt war: unser Marinefähnrich.

Nachdem wir uns alle gefasst hatten, halfen wir unserem geschundenen Mithäftling auf die Beine und schoben ihn an die Wand, wo er gekrümmt und angelehnt einigermaßen stehen und uns von den jüngsten Geschehnissen berichten konnte.

Und diese Geschehnisse waren haarsträubend. Es war eine ebensolche „Story“ wie ich sie den Sowjets bei meinen Verhören schon mehrfach erzählt hatte. So was liebten der Major und seine Genossen. Nein, sie liebten es nicht nur, sie gierten danach.

Es handelte sich um eine „Marine-Geschichte“, die so spektakulär klang, dass unser Fähnrich sogar nach Petersburg, inzwischen in Leningrad umbenannt, gebracht werden sollte, damit man dort die brisanten Angaben überprüfen und gründlich auswerten konnte. Vorerst wurden ihm jedoch hier ein paar unglaubliche Annehmlichkeiten be-

schert. So bekam er ein eigenes Zimmer (!), das zwar abgeschlossen war, dafür jedoch ein richtiges Fenster mit Gittern hatte und ohne Holzblende war. In dem Zimmer waren ein Tisch, ein Stuhl und ein weißbezogenes Bett. Er konnte duschen, sich die Haare schneiden und mit einem brauchbaren Apparat rasieren. Das Zimmer hatte eine separate Toilette und ein Waschbecken, es war fast wie in einem Hotel.

Irgendwann wurde das Schloss aufgemacht und mehrere Marineoffiziere kamen herein. Einer von ihnen sprach ein sehr ordentliches Deutsch. Er erklärte dem Fähnrich Folgendes: „Wir wissen, dass du in der faschistischen Marine eingesetzt warst und gegen uns gekämpft hast. Du hast gesagt, dass du an geheimen Plänen für neuartige Torpedos und Kleinst-U-Boote mitgearbeitet hast. Wenn du bereit bist, deine Kenntnisse über die Pläne für die Geheimwaffen an uns weiterzugeben, könnten wir die schwere Anklage gegen dich und deine Verlobte mildern oder sogar ganz aufheben. Also, willst du uns helfen, deine und unsere Feinde unschädlich zu machen?“

Unser Fähnrich hatte keinerlei Hemmungen, den Sowjet-Offizieren das Blaue vom Himmel herunterzulügen. Er wollte sich retten, seine Freundin ebenfalls. Allerdings war er sich wohl kaum bewusst, wie hoch er pokerte. „Gut“ sagte er gewichtig, „ich werde Ihnen mein Wissen zur Verfügung stellen. Aber ich bin mittlerweile völlig geschwächt, ich muss endlich etwas Vernünftiges zu essen bekommen, ansonsten werden meine Gehirnzellen nicht arbeiten.“

Der Sowjet-Offizier verstand das. Er nickte und versprach: „Gut, gut, du kannst unserem Wachposten sagen, was du möchtest. Essen, Trinken. Alles. Für gute Arbeit und gute Informationen bekommst du natürlich auch eine gute Verpflegung.“ Er blieb jedoch hartnäckig, was die Forderungen der Sowjets betraf und kam schnell zur Sache: „Für uns ist wichtig, dass es mit den Fakten und Zahlen schnell geht. Also, was brauchst du an Arbeitsmitteln?“

☞ Seite 11 oben

Der Fähnrich blieb ganz gelassen und gefestigt, er spielte seine Rolle wirklich hervorragend. „Ich brauche Zeichen- und Konstruktionsmaterial. Zirkelkasten, Reißbrett, große Papierbögen, Stifte, Lineale, Tusche. Bücher mit technischen Tabellen.“ Er sah den Offizier, der zufrieden nickte und eifrig Notizen machte, selbstsicher an. „Wird alles besorgt“, hieß es, worauf die Offiziersclique schnell verschwand.

Der Fähnrich blieb zurück. Er freute sich auf sein Mahl, und er rieb sich heimlich die Hände. Er dachte: Die habe ich reingelegt.

Wirklich?

Zunächst verlief alles gut. Der raffinierte Kerl durfte in einem weichen Bett mit weißer Bettwäsche schlafen, und zwar ohne die zahllosen Lichtkontrollen und ohne das vorgeschriebene nächtliche Deckenlicht. So erwachte er am nächsten Morgen ohne den stinkenden Zelldunst, dafür mit Blick aus dem Fenster, durch das ihm eine strahlende Sonne ins Gesicht schien, und er fühlte sich recht gut. Natürlich erhielt er auch ein für diese Verhältnisse wahrhaft fürstliches Frühstück, das er in Ruhe und mit Genuss verzehren durfte. Weißbrotscheiben mit Butter und Marmelade, dazu eine Tasse Kaffee.

Lediglich der Gedanke an seine Verlobte, die ja ebenfalls innerhalb dieser dicken Gefängnismauern eingesperrt war und der es sicher nicht so gut ging wie ihm im Moment, machte ihm Kummer.

Doch was nützte der Trübsinn, dasselbe harte Schicksal konnte ihn ja ebenfalls bald wieder treffen. Würde es das nicht auch?

Er hatte nachher einen geruhsamen Vormittag, konnte auf dem Bett liegen, noch ein wenig schlafen und seine geschundenen Knochen entspannen. Endlich erschien ein sowjetischer Posten. Es war ein Feldwebel. Mit ihm zusammen kamen mehrere gefangene Soldaten aus der einstigen Wlassow-Armee. Es waren Russen, sie trugen die vom Fähnrich geforderten Zeichen-Utensilien und breiteten sie in dem lichtdurchfluteten Zimmer aus. Danach verschwand die gesamte Bagage, der Fähnrich war wieder allein. Doch er tat nicht das, was die

Sowjets jetzt ganz sicher erwarten: zeichnen, konstruieren, geheime Botschaften aufschreiben. Er lag wieder auf dem Bett, ruhte und bestellte, als vor dem Mittag ein Wachposten nach ihm sah, ein „ordentliches Mittagessen“ und eine passende Portion von der süßen Kascha, dazu zusätzliches Brot.

Nachdem er sich den Bauch noch mal richtig vollgeschlagen hatte, ließ er sich endlich herab, die ersten Zeichnungen anzufertigen. Es war für ihn zunächst keine schwere Aufgabe.

Der Fähnrich war im zivilen Beruf

Landvermesser

gewesen, er konnte alle mal gut zeichnen.

Der Posten, den man ihm in-

zwischen zur Überwachung in

das Zimmer gegeben hatte, machte

jedenfalls riesig staunende Augen.

Allerdings konnte er nicht wissen,

dass hier alles andere als die erhoffte

geheime Wunderwaffe auf das Papier gebracht wurde.

Egal, dass er es aber glaubte und

seinen vorgesetzten Offizieren offenbar

auch mitteilte, dass ein solches Objekt auf dem Reiß-

brett in Form mehrerer Entwürfe entstehen würde.

Für ihn und für die Hintermänner war der Fähnrich ein

großartiger Konstrukteur mit Kompetenz und geheimem Wissen. Und der Respekt des Postens ihm gegen-

über nahm noch in dem Maße zu, wie ihm dieser Deutsche oft genug

einige schmackhafte Happen von seiner Sonderversorgung übrigließ

und ihm erlaubte, dieselben vor Verlassen der Zelle rasch zu verzehren.

Der Fähnrich brachte sich so auf leichte Weise und mit dem bisherigen

Lebensstandard über die nächsten Tage. Er lebte, verglichen mit dem Dasein in unserer widerlichen

Zelle, wie im Paradies.

Nach einiger Zeit tauchte nun auch immer öfter der Major der

Sowjets auf. Nein, er kam nicht,

weil er vielleicht misstrauisch geworden war, sondern er bestaunte die futuristisch wirkenden Torpedos und Raketen, jene Geheimwaffen, die es niemals gegeben, die sich der Fähnrich kühn und frech ausgedacht hatte. Vermutlich sah dieser Major in seinen Gedanken die Wunderwaffe der Deutschen an Bord der sowjetischen Kriegsschiffe, von wo sie auf die Flotte des Feindes, der Amerikaner also, abgefeuert wurden und diesen Feind entscheidend vernichteten.



Nun, es war nicht nur der besagte Major, der vor Ehrfurcht und innerer Genugtuung schier zerfloss. Allmählich kamen auch „Experten“ aus Leningrad, ordenbehangene Offiziere, die mit gewichtiger Miene begutachteten, was ihnen als kapitaler Spionageerfolg in die Fänge gegangen sein sollte.

Ja, es war wirklich gewagt, was der junge Fähnrich für ein Spiel trieb. Und so sehr wir allein beim Anhören seiner Schilderungen mitfieberten und mitgenossen, sahen wir doch, dass er dafür irgendwann ganz tüchtig gebüßt haben musste.

*Heinz Unruh (Text-Entwurf)*

*Der Beitrag wurde durch den Fg-Redakteur textlich neu gefasst.*

*Stand Original Manuskript: S. 40*

*Ann.: Namen wurden geändert.*

*Der Bericht wird fortgesetzt.*

**Foto:** Sowjet-Uniform (© AR)

# Der Spuk ist zwar beendet, doch zu spüren ist er immer noch

*Ehemalige politische Häftlinge der DDR reagieren empfindlich auf einstige Offiziere*

*Liebe Kameradinnen und Kameraden,*

☒ Anfang des Jahres 2014 bekam ich eine Vollzeit Arbeitsstelle als Taxifahrer. Meinem neuen Arbeitgeber teilte ich mit, dass ich im Jahr 1998 wegen dem an mir in der DDR begangenen Stasi-Unrecht rehabilitiert worden bin. Was ich zu diesen Zeitpunkt nicht wusste, er war bis zur Wende in der DDR als Offizier der Grenztruppen eingesetzt und hatte vorher an einer sozialistischen Hochschule in Suhl studiert. Das erfuhr ich allerdings erst nach meiner Einstellung in seinem Unternehmen, und darüber habe ich bereits in einer früheren Fg berichtet.

Ich gab mir Mühe, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden und einen guten Umsatz zu erzielen. Leider konnte ich mich nicht richtig entfalten, da mein Arbeitgeber keine bzw. nicht genügend Vertragsfahrten ausgeführt hat. Dazu muss man wissen, dass die Taxigenossenschaft verschiedene feste Beförderungsverträge, darunter mit Lotsen und Lokführern sowie für Krankentransporte und andere, in ihr Auftragspaket aufgenommen hat und diese dann an die einzelnen Taxiunternehmen weiterleitet. Somit sind schon mal genügend feste Aufträge vorhanden, die dann auch für eine ausreichende Beschäftigung der Angestellten sorgen. Dies war bei meinem Chef leider nicht der Fall.

Um mich abzusichern und mich zu vergewissern, wie ich mit dem Unternehmer umgehen muss, tauschte ich mich in einem Gespräch mit der Behörde unserer LStU aus. Dort wurde ich vor diesem Unternehmer gewarnt. Andere Taxiunternehmen, die ihn ab 1990 kennen gelernt hatten (er musste schon mehrfach Insolvenz anmelden) warnten mich vor ihm.

Trotz großer Vorsicht musste es kommen, wie es kommen muss: Wegen einiger Lappalien kündigte er mir kurz vor meinen Urlaub zum 31.10. 2014, zumal es mir Mitte Oktober schlecht ging (ich musste u. a. die Notärztin verständigen), so dass ich mich während meines Jahresurlaubs (alte Erinnerungen aus der Zeit der SED-Diktatur kamen wieder ans Tageslicht) krankschrei-

ben lassen musste. In meiner Monatsabrechnung vom Oktober war kein Krankengeld enthalten. Ich schaltete meinen Rechtsanwalt ein, der meine Gehaltsabrechnung „unter die Lupe“ nahm und neu berechnete.

Da ein Schreiben an den Taxiunternehmer keinen Erfolg hatte, reichte mein Rechtsanwalt Klage beim Arbeitsgericht ein. Über diese wurde am 26. Januar 2015 in meinem Sinne entschieden. Auf Anraten des Gerichts kam es zum Vergleich. Der Arbeitgeber muss mir den offenen Betrag nachzahlen.

An diesem Beispiel möchte ich zeigen, wie ehemalige Offiziere, die an der ehemaligen innerdeutschen Grenze den Schießbefehl durchsetzen und junge wehrpflichtige Soldaten für ihre Verbrechen missbrauchen, auch noch heute dem Unrecht verhaftet sind und ein Gebaren an den Tag legen, das sie schon in der DDR mit staatlicher Rückendeckung praktizierten.

Würde es nach diesen Menschen gehen, würden noch heute Stacheldraht und Schießbefehl auf der Tagesordnung stehen.

Was Grenzgebiet bedeutet, habe ich von meiner Geburt im Jahre 1963 in meiner thüringischen Heimatstadt Sonneberg kennen gelernt. Sonneberg lag bis zum Jahre 1972 im Fünf-Kilometer-Sperrgebiet, und ich kann mich noch gut an die vielen Kontrollen erinnern.

Bis zu meinem Zimmer hörte ich die Befehle aus der in unmittelbarer Nähe befindlichen Kaserne der Grenztruppen, und vor der Haustür unseres Wohnblocks waren die ersten Sicherungsanlagen. Vorweg befand sich der Verbotstreifen mit den bekannten Schildern, die die Aufschrift "SCHUTZSTREIFEN; Betreten und Befahren verboten" trugen.

Meine Eltern wiesen mich als Kind warnend darauf hin, dass ich beim Spielen nicht das Gebiet hinter diesen Schildern betreten sollte, sonst würden mich die Grenzposten einsperren oder sogar auf mich schießen. Die Warnung nahmen meine Freunde und ich uns sehr zu Herzen, und wir haben dieses Gebiet strikt gemieden.

Zum Glück ist dieser Spuk nun beendet.

In einen Gespräch mit dem Senator für Verwaltung und Finanzen in unserer Stadt brachte ich mein grundsätzliches Unverständnis zum Ausdruck, dass die Kommunen und die Landratsämter einem ehemaligen höheren Bediensteten der DDR-„Sicherheitsorgane“ die Zulassungen für das Betreiben von eigenständigen Unternehmen erteilen und diese dann auch noch Mitarbeiter einstellen und nach gekannter Art schikanieren dürfen.

Leider lässt sich daran nichts ändern, denn der Gesetzgeber gibt auch diesen Leuten Möglichkeiten, und wir als Opfer des Stalinismus sind erneut den hier genannten Machenschaften dieser Leute ausgeliefert und können uns – so wie einst – nicht wirksam dagegen wehren.

*Peter Heubach*

## Flucht und Vertreibung

*Handelt es sich um eine Unkorrektheit oder eine Verfälschung?*

Was sind Flüchtlinge, was sind Vertriebene? Es gab bis zur Deutschen Wiedereinigung einen klaren Unterschied: Wer aus den Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße in die Bundesrepublik gekommen war, galt als Vertriebener, denn er (oder sie) hatte sein Land aufgrund der sowjetischen Vormachtstellung verlassen müssen. (In der DDR wurden diese Vertriebenen als „Umsiedler“ bezeichnet, um nicht gegen das stalinistische Diktat zu verstoßen). Wer nach 1949 aus der DDR in den Westen kam, wurde dann als Sowjetzonenflüchtling bezeichnet, auch wenn er als unerwünschte Person aus dem Arbeiter- und Bauernstaat vertrieben worden und demnach nicht freiwillig gegangen war.

Heute liest man auch von Flüchtlingen, wenn man Vertriebene aus den Ostgebieten meint. Dies wird immer wieder offenbar, wenn es um die Bombardierung von Dresden oder Cottbus im Februar 1945 geht. Es heißt dann, in den Bahnhöfen hätten sich noch tausende Flüchtlinge aus dem Osten befunden. Diese Menschen waren zwar auf der Flucht, aber es waren eben doch Vertriebene. *H. Diederich*

## Geradlinig, besonnen und den politischen Zielen konsequent treu

*Im Februar verstarb mit Heinrich Windelen ein ruhiger, aber wichtiger deutscher Politiker*

Wie es manches VOS-Mitglied sicher schon in den Tagesmedien zu sehen bzw. zu hören bekam, ist am 18. Februar der frühere Minister für Innerdeutsche Beziehungen und vormalige Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Heinrich Windelen im gesegneten Alter von 93 Jahren verstorben.

Windelen war sowohl in der Bundespolitik aktiv und geschätzt wie auch im regionalen Wirkungsbereich, wo er von seinem westfälischen Wohnsitz Warendorf (einer ländlich charmanten Kreisstadt, deren Ehrenbürger er anlässlich seines 90. Geburtstages wurde) viel für die dortige Region und die Kommune tat und wo er 28 Jahre Kreisvorsitzender der CDU und 16 Jahre Stadtverordneter war. So setzte er sich dafür ein, dass in Warendorf die Sportschule der Bundeswehr und das Deutsche Olympiade Komitee für Reiterei angesiedelt wurden. Damit gelang es dem Kreis Warendorf, sich über Deutschlands Grenzen hinaus als Region mit pferdesportlichen Qualitäten zu profilieren. Mehrere Medaillengewinner waren bzw. sind hier beheimatet.

Von 1970 bis 1977 war Heinrich Windelen Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe. Dem Deutschen Bundestag gehörte er sogar 33 Jahre an. Hier nahm er mehrere Ämter ein und wirkte im Haushaltsausschuss und anderen Gremien mit und bekleidete den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion. Von 1981 bis 1983 war er dann Vizepräsident des Bundestages.

Windelen erreichte bei den Wahlen zum Bundestag mit Ausnahme seiner ersten Kandidatur immer ein Direktmandat. Bei seiner letzten Wahl im Jahr 1987 fuhr er noch ein souveränes Ergebnis von 51,7 Prozent in seinem Wahlkreis ein.

Vielen ehemaligen politischen Häftlingen der DDR dürfte er jedoch vor allem in seiner Funktion als Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen in Erinnerung geblieben sein. Dieses Amt übernahm Windelen von 1983 bis

1987. In dieser Zeit setzte er mit Ruhe, dennoch mit wirkungsvollem Engagement die humanitären Bemühungen der Bundesregierung für politische Häftlinge in der DDR um, indem er sowohl einzelnen Inhaftierten zu helfen suchte, andererseits auch zur Verbesserung der grundsätzlichen Situation von ausreisewilligen DDR-Bürgern maßgeblich beitrug.

Bemerkenswert ist dabei aus Sicht der Ex-Häftlinge des kommunistischen Systems, dass Windelen auch einen engen Kontakt zum Opferverband VOS unterhielt und als gern gesehener Gast zu deren Veranstaltungen kam. Ihm selbst war die Verbindung zu den ehemaligen Inhaftierten ein ehrliches Bedürfnis. Half er doch über sein Ministerium, manchem erschöpften oder ratlosen Neuankömmling, eine Existenz zu gründen und vereinfachte die Verwaltungswege im Dschungel der Bundesrepublik. Dadurch erwarb er sich unauslöschliche Sympathien und ehrlichen Respekt bei den Übersiedlern aus der DDR. Ohne zu zögern erklärte er sich auch im Jahr 2000, als es darum ging, das 50-jährige Bestehen der VOS durch eine Festschrift zu dokumentieren, bereit, hierfür ein Grußwort zu verfassen.

Kompromisslos zeigte er sich in seiner Haltung gegenüber den kommunistischen Regimes. Da er in Bolkenhain im schlesischen Kreis Jauer (heute Jawor) geboren und nach dem Krieg von dort vertrieben wurde, nannte er nicht nur die sowjetischen Repressalien des Kalten Krieges beim Namen, sondern verschwieg auch das Unrecht der Vertreibung nicht. In letzter Konsequenz verbanden sich damit sein Abschied aus dem Bundestag im Jahr 1990 und seine Abkehr von der aktiven Bundespolitik. Obwohl er sich in all den Jahren seiner politischen Aktivität um eine Aussöhnung mit dem Nachbarland Polen bemüht hatte, stimmte er gemeinsam mit anderen Politikern seiner Partei im Bundestag gegen den deutschen Einigungsvertrag und somit gegen die nun-

mehr auch rechtlich formal akzeptierte Gültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze, weil sich damit der Verzicht auf die einstigen Ostgebiete verband, für deren Wiedererlangung es freilich ohnehin keine realistische Chance gab.

### Das Zitat

Wir werden Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen und Schießbefehl weiter beim Namen nennen.

*Heinrich Windelen*

Im Rückblick muss man Heinrich Windelen als wichtigen, konstanten und einflussreichen deutschen Politiker der Nachkriegsgeschichte sehen. Seine ruhige, fast unauffällige Art, aber auch seine Geradlinigkeit haben letztlich dazu geführt, dass er – nun auch in seinem Tod – als eine Art Randfigur erscheinen mag, die ihm nicht viel mehr als lokale Nachrufe eingebracht hat. Keineswegs bleibt er diesbezüglich ein Einzelfall, denn die schillernden Gestalten der politischen Szene werden immer diejenigen sein, die der Öffentlichkeit ins Auge fallen, weil sie mehr wegen hohler Worte und übertreibender Gesten in den Fokus der Medien gelangen. Dennoch werden wir, denen er durch sein Wirken und seine Beharrlichkeit mit zur Freiheit verholfen und durch seine Worte in den schweren Stunden der Haft Hoffnung gegeben hat, uns seiner dauerhaft als politisches Schwergewicht erinnern und sein Wirken weiter zu würdigen und ihm für seine aufrechte Politik zu danken wissen. *Tom Haltern*

### Todesschütze und Stasi-Informant Kurras tot

Im Alter von 87 Jahren verstarb im Februar der frühere West-Berliner Polizeibeamte Karl-Heinz Kurras, der 1967 ohne Not den Studenten Benno Ohnesorg im Dienst erschoss. Im Jahr 2009 stellte sich heraus, dass Kurras lange Zeit Informationen an das MfS in der DDR geliefert hatte. Die Motivation seiner Handlungsweise blieb bis zuletzt unklar. *H.D.*

## Flucht, Rückkehr und Freitod

*Zum Tod des Literaturkritikers Fritz Raddatz*

In den Nachrufen auf den Literaturkritiker Fritz Joachim Raddatz (1931-2015), der am 26. Februar in Zürich den Freitod gewählt hat, werden die dunklen Seiten seines Lebens, zumal in den Zeitungen, für die er geschrieben hat, nicht erwähnt. Als ich ihn im Herbst 1970 auf der Jahrestagung des Schriftstellerverbandes in Stuttgart kennen lernte, war er ein hochangesehener Rezensent, 39 Jahre alt und 1969 beim RO-WOHLT Verlag als Cheflektor ausgeschieden. Wir waren beide mit Aufsätzen in einem Sammelband zur deutschen Gegenwartsliteratur vertreten und mussten unsere Themen miteinander abstimmen.

Raddatz stammte aus Westberlin und legte 1949 am Askanischen Gymnasium in Tempelhof das Abitur ab. Im Jahr darauf nahm er seinen Wohnsitz in Ostberlin, um an der Humboldt-Universität Germanistik zu studieren. Er setzte hier seinen bürgerlichen Lebensstil fort und machte dabei im SED-Staat rasch Karriere. Noch als Student und Jahre vor der Promotion über Johann Gottfried Herders „Konzeption der Literatur“ wurde er Lektor im FDGB-Verlag „Volk und Welt“, wo er die Schriften Kurt Tucholskys herausgab. Gleichzeitig nutzte er die offene Grenze, um sich in Westberlin mit antikommunistischer Literatur zu versorgen. Seit 1946 war ihm nach dem Tod des Vaters, der Pfarrer Hans-Joachim M. (1914 bis 1986) als Vormund vermittelt worden. M. genoss beim SED-Politbüro Vertrauen und bekam 1950 die Aufgabe, als Gefängnispfarrer die neun Strafanstalten für politische Gefangene zu besuchen, wo er unter vier Augen mit den Häftlingen sprechen durfte. Sein Mündel Fritz begleitete ihn dabei häufig und erfuhr anschließend „vom Würge-Elend der Eingekerkerten, der Not, dem Hunger, den Epidemien und dem Tod der politischen Gefangenen“. Diese Erfahrungen prägten sein Leben: Er flüchtete 1958 nach Westberlin, als die Häscher der „Staatssicherheit“ schon vor dem Verlag auf ihn warteten. Sein *Ziehvater* kam ein Jahr später. Im zweiten Kapitel „Auftritt des Pfaffen“ seines Erinnerungsbuches „Unruhestifter“ (2003) kann man das nachlesen!

Bevor er 1976 für neun Jahre als Redakteur zur Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ ging, habilitierte er sich bei Hans Mayer in Hannover mit einem umfangreichen Werk zur DDR-Literatur „Traditionen und Tendenzen“ (1971), das manchen Fehler enthielt (z. B. DEFA-Regisseur Konrad Wolf sei der Bruder der Schriftstellerin Christa Wolf). In der Rezension des Christa-Wolf-Romans „Kindheitsmuster“ (1976) verlegte er Landsberg an der Warthe, den Geburtsort der Autorin, nach Schlesien, wo es auch ein Landsberg gibt, aber das falsche. Marion Gräfin Dönhoff warf ihn 1985 aus der Redaktion, weil er eine Goethe-Satire nicht erkannt und geschrieben hatte, der Weimarer Altmeister hätte noch den Bau des Frankfurter Hauptbahnhofs erlebt. Mit seiner „Biografie des Karl Marx“ (1975) hatte er es sich auch gründlich mit der DDR-Geschichtsschreibung verdorben. So hatte er genüsslich erwähnt, dass der heilige Karl mit seiner Haushälterin Lenchen Demuth ein Verhältnis und ein uneheliches Kind hatte. Sein wirklicher Nachlass sind zwei Tagebuchbände 1982/2012. Sie sind eine Fundgrube für die Literaturgeschichte! *Dr. Jörg B. Bilke*

## Immer nur sich selbst im Blick

*Jörg B. Bilke führte einen kurzen, aber erkenntnisreichen Briefwechsel mit der Witwe seines einstigen Stasi-Vernehmungsoffiziers*

Eine Todesanzeige vom Juni 2013 in der Leipziger Volkszeitung war der Auslöser für eine bemerkenswerte Initiative von Dr. Jörg Bernhard Bilke, der am 22. Januar 1962 vom Leipziger Bezirksgericht zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt wurde, nachdem man ihn etwa vier Monate zuvor auf dem Karl-Marx-Platz in der „Heldenstadt“ Leipzig festgesetzt hatte. Die Todesanzeige enthielt den Namen jenes Mannes, der Jörg Bilke auf dem Weg zu diesem Urteil oft genug gegenüber gesessen und ihm seine *ddr-feindlichen* Aktivitäten *entlockt* hat, um sie dann zu Papier zu bringen und ihm zur Unterschrift vorzulegen. Es war „sein“ damaliger Vernehmungsoffizier, jener Mann, der ihn verbissen mit Fragen attackierte und ihm entstellende Sachverhalte unterzuschieben versuchte.

Wer oft genug auf dem Stuhl des Gequälten gesessen hat, dem sind die Erinnerungen tief ins Gehirn und in das Herz gebrannt. Viele ehemalige Häftlinge wollen demnach nicht wissen, was aus den Tätern geworden ist, sie empfinden nicht mal Schadenfreude, wenn sie erfahren, dass solche Leute erkrankt, verarmt oder qualvoll gestorben sind. Man will, wenn man Opfer ist, am liebsten seine Ruhe vor den Tätern und ihren Gesichtern haben.

Jörg Bilke indessen hat den Schritt nach vorn gewagt. Er hat sich die Adresse der Witwe des Verstorbenen geben lassen und ihr einen Brief geschrieben. Nein, es sind keine Vorwürfe, die sein Schreiben enthält. Nicht mal Klagen und schon gar nicht Beschimpfungen. Jörg Bilke schrieb lediglich über seine Erfahrungen über die DDR. Die waren zum Zeitpunkt der Verhaftung minimal. Er war 1962 nach Leipzig gekommen, um den Autor Erich Loest zu besuchen, und prompt landete er in der Haft. Darüber wurde in der Fg hinreichend berichtet. Was er der Witwe des Vernehmers über dessen Vorgehen schrieb, ist wenig. (Bilke: Als er mir während der Vernehmung erzählte, dass er Rosen züchte, warf ich ein „Wie Konrad Adenauer“, worauf er wütend wurde.)

Die Witwe antwortete ihm bereits drei Tage später. Sie spricht in ihrem Brief von einer Überraschung, die Jörg Bilkes Schreiben für sie gewesen sei. Doch es verbinden sich mit der *Überraschung* kein schlechtes Gewissen und kein Schuldgefühl. Nicht mal Verlegenheit. Vielmehr tritt das realitätsferne Empfinden einer selbstentlastenden Gerechtigkeit zutage, wie es so ziemlich allen Tätern bis hinauf in die heutigen Parteispitzen zu Eigen ist. („Ich denke es meinem Mann schuldig zu sein, einiges gerade zu rücken.“) Was eigentlich naheliegend gewesen wäre, die Fragen nach dem jetzigen Befinden und dem späteren Lebensweg des Opfers zu stellen, sucht man in dem Antwortbrief vergebens. Stattdessen dominiert die Selbstbeschreibung, die – zwischen den Zeilen dann doch deutlich erkennbar – in Selbstmitleid und Selbstentlastung übergeht („Mein Mann hat nie gelogen!“) und die sich – wie üblich – in der Schuldverlagerung Richtung Opfer äußert („Sie haben doch nur das gesehen und geglaubt, was DDR-Gegner von sich gaben.“) Hauptthema des Briefes ist im abschließenden Teil der spätere Hirnschlag des Verstorbenen und der Verlauf seiner Krankheit bis hin zum Tod, wobei ganz selbstverständlich die Segnungen des Klassenfeindes in Anspruch genommen wurden („Pflegekräfte der Diakonie haben mich unterstützt ...“). Kommentieren muss man ein solches Verhalten, eine solche Einstellung nicht. Aber man sollte wachsam sein und dem Gejammer nicht auf den Leim gehen. *Valerie Bosse*

## Für uns Opfer ist vieles einfach nur demütigend

Kameradin Grete Messerschmidt schreibt an den Ministerpräsidenten Thüringens

✉ Herr Ministerpräsident Bodo Ramelow,

bitte machen Sie Ihr Programm zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts wirklich zur Chefsache. Daran wird Ihre Glaubwürdigkeit gemessen. Den standhaften Menschen, die physisch und psychisch gefoltert wurden und jahrelang auf ihr Recht auf Meinungsfreiheit verzichten mussten, sollte unser Rechtsstaat verpflichtet sein. Und die IMs müssen ein für allemal aus der Regierung verschwinden, zumal fast niemals ein Eingeständnis oder eine Entschuldigung vorliegt. Egal, aus welchen Gründen sie Mitarbeiter des MfS geworden sind.

Mein Mann erlitt eine jahrelange Inhaftierung mit Schikanen und Arbeit im Dreischichtsystem. Dabei hatte er gar nichts verbrochen. Er bekam nur 35 Mark im Monat. Er wurde nach sechs Jahren mit ganz wenig Geld aus der Haft entlassen. Die DDR hätte ihn gern gegen gute Devisen an den Westen verkauft. Aber ich habe diesen Verkauf verhindert und wäre selbst niemals ausgereist, weil hier in der Heimat meine Kinder und Freunde waren.

Ich war mit meinen Kindern sechs Weihnachten lang allein. Das kleine Weihnachtspaket, das ich meinem Mann in die Haftanstalt schicken durfte, kam aus ungeklärter Ursache nach Neujahr zurück, der Inhalt war völlig verschimmelt.

Es ist dringend notwendig, die kleine Opferrente ab Januar 2015 von 250 auf 300 Euro anzuheben und endlich die „Bedürftigkeitsklausel“ zu streichen. Und ich möchte die Regierung bitten, diese Opferrente durch Vererbbarkeit auch den Hinterbliebenen der Opfer des SED-Regimes zu gewähren. Mein Mann war lange in der Haft. Ich habe ebenso gelitten wie er. Da er in 2000 gestorben ist, bekomme ich nichts. Ich bin auf die Stiftung für Häftlingshilfe angewiesen. Das ist demütigend! G. Messerschmidt

*Anm. d. Red.: Der vorstehende Leserbrief stammt bereits vom Januar 2015 und wurde stark gekürzt in einer Tageszeitung veröffentlicht.*

## Der Petitionsausschuss lässt sich Zeit

Peter Heubach erhält nur einen Zwischenbescheid

(FG) Mehrfach berichteten wir in der Fg über die Aktivitäten unseres Kameraden Peter Heubach, der sich an den Petitionsausschuss des Bundestages und andere politische Gremien gewandt hatte, um das Führen von in der DDR erworbenen akademischen Titeln prüfen und möglichst auch aberkennen zu lassen. Hier stellt sich – nicht nur für Peter Heubach – die Frage, ist es zulässig, Titel zu führen, die allein im Rahmen der untergegangenen SED-Diktatur erworben werden konnten und die somit wissenschaftlich und auch sonst absolut wertlos sind? Zugleich ist der Aspekt einzubeziehen, dass die Studienrichtungen des Marxismus-Leninismus und daraus folgend auch jene, die nur an Partei- und Stasi-Hochschulen betrieben wurden, vordergründig der Ausübung der Gewalt gegen Menschen dienten und durch Anwendung der Studien- und Ausbildungsergebnisse Menschen zu Schaden kamen (Verhaftungen und Vernehmungen politisch Andersdenkender, Benachteiligungen in der Bildung und bei der Arbeit usw.). Das Weiterführen solcher Grade und Titel stellt somit ein eklatantes Unrecht dar, und dient dazu, die Verharmlosung der staatlichen Restriktionen in der DDR gegenüber der eigenen Bevölkerung zu forcieren.

Nun erhielt Kamerad Heubach ein (weiteres) Schreiben der Bundesbeauftragten für die Neuen Bundes-

länder, Staatssekretärin Iris Gleicke, in dem ihm mitgeteilt wird, dass sich bei der Bearbeitung seiner Petition bislang keine Fortschritte zeigten. Immerhin jedoch wird ein Termin der Entscheidung in Aussicht gestellt. Und auf diese Entscheidung darf man gespannt sein.

Lesen Sie nachstehend den Wortlaut des Schreibens.

✉ Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. Januar 2015, in dem Sie mir Ihr Schreiben an Herrn Rainer Wagner in Kopie zusandten.

Ihre Petition ist noch immer im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages anhängig. Im August 2014 wurde das Bundesministerium des Innern (BMI) um eine Stellungnahme gebeten und verwies auf das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Das BMBF wurde im November 2014 um Stellungnahme gebeten und verwies an das BMI zurück. Das BMI hat nun bis Mitte März Zeit, sich zur Petition zu äußern. Das Sekretariat des Petitionsausschusses wird sich anschließend mit Ihnen in Verbindung setzen.

Iris Gleicke

### Und Andreas Kaiser meint:

„Die Zeit ist aus den Fugen“, spricht Hamlet und sieht Gefahren und Merkwürdigkeiten. Und wie geht es uns, wenn wir nach Thüringen schauen, wo sich eine Linke-Regierung gebildet hat?

### Wir trauern um

Herbert Jacob

Günter Roike

Günther Kowalczyk

Kurt Richter

Claus Tränkner

Alfons Grahlmann

Heinz-Günther Lorenz

Bezirksgruppe Stuttgart

Eisenhüttenstadt (ohne Bzgr.)

Bezirksgruppe Bonn

Bezirksgruppe Wurzen

Bezirksgruppe Dresden-Land

Bezirksgruppe Rhein-Ruhr

Bezirksgruppe Stuttgart

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## Das Interesse und die Vorbereitung waren hervorragend, doch die Zeit reichte nicht

*Bernd Pieper und Alexander Richter mit einer gemeinsamen Doppelstunde am Gymnasium Lemgo*

Zeitzeugenveranstaltungen, bei denen viel gefragt wird, gelten allgemein als gelungen. Wenn am Ende aber nicht alle Fragen gestellt werden konnten, ist das eigentlich auch ein gutes Zeichen. Und ein noch besseres Zeichen ist es, wenn der Redebedarf weit über die limitierte Doppelstunde hinausreicht und die Zeitzeugen von den Schülerinnen und Schülern, aber auch von den Pädagogen nachher quasi weiter bestürmt werden, weil der Wissensdurst der Zuhörer lange nicht gestillt ist.

Am 26. Januar war das am Marianne-Weber-Gymnasium im ostwestfälisch-lippischen Lemgo, wohin die VOS-Mitglieder Bernd Pieper (Foto, © AR) und Alexander Richter eingeladen worden waren, mal wieder der Fall. Beide sind (auch in ihrer Eigenschaft als Buchautoren über die Haftzeit) bereits in einer Vielzahl von derartigen Veranstaltungen aktiv gewesen und können somit gut auf die Fragen der Jugendlichen eingehen. Unter der Anleitung der Referendarin Katharina Korell und der Fachlehrer Frau Spenner und Herrn Drücke sowie Frau Dr. Henke-Portscheller als Fachbereichsleiterin dieser Schule bestritten sie die seit einigen Wochen geplante Veranstaltung in der Aula des Schulgebäudes mit einem Geschichtskurs des Abiturientenjahrgangs und einer 9. Klasse, wobei die Doppelstunde wie gewohnt souverän vom wissenschaftlichen Betreuer des Projekts, Herrn Dr. Frank Hoffmann, moderiert wurde.

Gemeinsam mit den Lehrkräften hatten sich die Schulklassen exzellent vorbereitet, so dass auch Fragen gestellt wurden, die vom sonst üblichen Muster abwichen und mitunter in die ganz private Sphäre der beiden Zeitzeugen reichten. Die Vielzahl dieser Fragen und die Gründlichkeit in der Beantwortung führten schließlich dazu, dass die Diskussion auch in der nachfolgenden großen Schulpause nicht vollständig beendet werden konnte, was auch der Projektbetreuer Dr. Hoffmann als gutes Zeichen nahm.

Beide Zeitzeugen ergänzten sich in ihren Erklärungen und brachten auch konkrete Beispiele aus ihrem Leben, insbesondere aus der Haft. Als Anschauungsmaterial hatte Bernd Pieper eine Sammlung von verschiedenen DDR-Abzeichen mitgebracht, die während des Unterrichts herumgereicht wurde und auf großes Interesse stieß. Wie man weiß, war es in der DDR üblich, zu fast jedem politisch ideologischen Anlass ein Abzeichen, eine Münze oder eine Briefmarke herauszugeben.

Als naheliegender Gedanke wurde über eine Wiederholung bzw. Fortsetzung der Zeitzeugenveranstaltung gesprochen und zudem die Möglichkeit angedacht, die zum Projekt NRW gehörende Ausstellung „Die Mauer“ (20 Tafeln mit Text und Fotos) hierher zu bringen. *Winfried Glaubitz*



### VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**

**PVSt Deutsche Post**

**Entgelt bezahlt**

**G 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

#### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax: 030 - 2655 23 82**

Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01**

**BIC: PBNK DEFF**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

#### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

**Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82**

**Mail: lv-berlin@vos-ev.de**

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns

Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de.

Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

#### Jahresbeiträge:

- **einheitlich für alle Mitglieder** 45,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement der Freiheitsglocke 24,00 €

#### **Spenden unbedingt erbeten!**

**Internetseiten der VOS** [www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

Nummer 750 erscheint im April 2015 als Einzelausgabe

Redaktionsschluss der FG **748/9**: 12. März 2015